Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 5. Sitzung des Einwohnerrates

vom 15. Dezember 2004, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 40 Mitglieder

Traktanden		Laufnummer
1.	Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission *://: Gewählt gemäss Vorlage.*	2004/22
2.	Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission sowie der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2005 *://: Voranschlag mit Zusatzanträgen der Fiko und der BPK genehmigt.*	2004/18 2004/18a 2004/18b
3.	Bericht des Stadtrates betreffend Wärmeversorgung Frenkenbündten Liestal AG: Verzicht auf eine Beteiligung an der Kapitalerhöhung; Veräusserung des Aktienkapitals *://: Anträgen zugestimmt.*	04/182a
4.	Bericht des Stadtrates betreffend LiestalNet AG: Veräusserung Aktienkapital *://: Antrag der FDP auf Rückstellung der Vorlage genehmigt.*	2004/20
5.	Bericht des Stadtrates betreffend Parkhaus Bücheli AG: Neufestlegung des wiederkehrenden Strukturbeitrages auf neu CHF 70'000.-- / Jahr *://: Strukturbeitrag genehmigt.*	2004/21
6.	Bericht des Stadtrates betreffend Alternative Betreuungs- und Pflegeformen für Betagte in Liestal; bedarfsorientierte Umsetzung in Etappen *Vertagt.*	2004/19
7.	Bericht des Stadtrates zum Postulat von Marie-Theres Beeler und Elisabeth Augstburger vom 23. Juni 2004 für sichere Schulwege in Liestal *Vertagt.*	04/177a
8.	Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Nutzung der Sporthalle Kaserne Liestal *Vertagt.*	2004/13
9.	Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Projekte für mehr Sicherheit am Bahnhof Liestal *Vertagt.*	2004/14
10.	Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss Liestal an die Umfahrungsstrasse H2 *Vertagt.*	2004/15

11.	Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Abwasserreglement *Vertagt.*	2004/16
12.	Interpellation von Paul Finkbeiner und Elisabeth Weber namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Allmendgebühren *Vertagt.*	2004/17

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Dezember-Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst speziell die neue Einwohnerrätin Jacqueline Lüthi (FDP), die für die zurückgetretene Susanne Brodbeck nachgerückt ist, und wünscht ihr, dass sie sich im Rat wohl fühlt.
- Die heutige Sitzung wird wegen des Weihnachtsessens um 19.30 Uhr beendet. Der Rat wird nicht alle Geschäfte behandeln können.
- Auf Antrag der FDP-Fraktion hat das Büro an seiner letzten Sitzung Jaqueline Lüthi (FDP) als ordentliches Mitglied und Vreni Wunderlin (FDP) als Vizepräsidentin der Spezialkommission GoR gewählt.
- Elisabeth Weber (SVP) und Lukas Flüeler (GL) treten auf Ende des Jahres zurück. Wegen der zeitintensiven Aufgaben in ihrem Geschäft kann Elisabeth Weber ihre Tätigkeit als Einwohnerrätin nicht weiterführen. Am 1. April 1999 trat sie als Nachrückende für Heiri Holzer in den Einwohnerrat ein. Sie setzte sich in verschiedenen Kommissionen ein; so war sie ordentliches Mitglied in der VOK, der BPK, der GPK und im Büro, ausserdem Ersatzmitglied in der BPK und im Büro. Zudem amtierte sie während der letzten Legislaturperiode als Fraktionspräsidentin. Elisabeth Weber lädt den Einwohnerrat im Anschluss an die Sitzung zu einem Apéro im Foyer des Landratssales ein. Der Ratspräsident dankt im Namen des Rates herzlich dafür. Lukas Flüeler gibt sein Amt als Einwohnerrat wegen seiner Ausbildung zum Primarlehrer ab. Seine politische Laufbahn begann er im Stadtparlament am 1. November 2000. Er trat die Nachfolge von Lukas Ott an, der in den Stadtrat gewählt wurde. Lukas Flüeler arbeitete ebenfalls in Kommissionen mit; er war ordentliches Mitglied in der Fiko und Ersatzmitglied in der BPK. Im Namen des Einwohnerrates dankt der Ratspräsident beiden Abtretenden für ihre aktive Mitarbeit im Rat und wünscht ihnen für ihren weiteren Weg alles Gute.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin erinnert an das tragische Unglück in Gretzenbach. In einem Schreiben habe der Stadtrat seine Betroffenheit bekundet, selbstverständlich auch im Namen des Einwohnerrats. Sie weist auf die Stützpunktfeuerwehr Liestal hin, die mit genügend freiwilligen Leuten ausgestattet sei und sich jederzeit für das Wohl der Bevölkerung einsetze.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin ruft ausserdem das regionale Erdbeben vom 5. Dezember 2004 in Erinnerung, dessen Epizentrum in Waldkirch, Partnerstadt von Liestal, lag. Das Beben habe dort Risse in Gebäuden verursacht. Menschen seien zum Glück keine verletzt worden. Nach Rücksprache mit dem Einwohnerratspräsidenten Walter Gudenrath habe der Stadtrat, ebenfalls im Namen des Einwohnerrats, auch an die Stadt Waldkirch einen Brief geschickt, worin er seine Anteilnahme ausdrückte und seine Hilfe anbot.
- Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, er könne das Jahr mit drei guten Nachrichten beschliessen. Der Quartierplan Bücheli sei so weit bereit, dass von Januar bis Juni 2005 das Studienverfahren durchgeführt werden könne, danach könne der Quartierplan an den Kanton überwiesen werden. Bis Ende 2005 sollte der Kanton den Plan bewilligen können. Mitte Januar 2005 würden die Grundeigentümer verstärkt in Projekttätigkeiten einbezogen werden, das heisst, man wolle sie in die Jurierung einbeziehen. Zum Quartierplan Bahnhof: Der Quartierplan 1, bei dem es um das Gebiet gehe, wo die Kantonalbank baue - neben der jetzigen Kantonsbibliothek - sei am Entstehen und werde im Juni 2005 wahrscheinlich fertig. Er hoffe, dass man den Quartierplan 2 ebenfall im 05 in Angriff nehmen könne. Mit einem Investor habe es sehr gute Gespräche gegeben. Zur Interpellation von

Stefan Saladin zum Zentrumsanschluss an die H2 könne er mitteilen, dass es am 9. Dezember 2004 mit Kantonsvertretern eine Sitzung zum Thema Verkehrskonzept Liestal gegeben habe. Diese lasse aufatmen. Die Stadt habe mit dem Kanton einen Weg gefunden, wie man im ersten Quartal des neuen Jahres Schritt um Schritt weiterfahren werde. Anfang April 2005 solle eine Entscheidung herbeigeführt werden, auf die die Stadt aufbauen könne.

Als **Stimmenzähler/-innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Astrid Basler (Seite FDP)
- Elisabeth Weber (Seite SP, Grüne, Fraumättler)
- Adrian Mächler (Mitte, Büro)

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen beantragt.

Neue persönliche Vorstösse

- Motion des Einwohnerratsbüros betreffend Anpassung des Verwaltungs- und Organisationsreglements (Nr. 2004/23);
- Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Abbau der zivilen Einrichtung in Liestal (Nr. 2004/24);
- Postulat von Marie-Theres Beeler namens der Grünen Fraktion betreffend Qualitätserhaltung in der Logopädie (Nr. 2004/25);
- Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Abfallentsorgung durch Dritte (Nr. 2004/26).

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 3. November 2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

32 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission (2004/22)

Susanne Brodbeck als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist aus dem Einwohnerrat zurückgetreten.

Die FDP-Fraktion beantragt folgende Umbesetzung:

Jacqueline Lüthi (FDP) als Ersatzmitglied in der GPK anstelle von Susanne Brodbeck.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, wer dem Geschäft zustimmen wolle, solle dies mit der weissen Karte zeigen.

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt und Frau Jacqueline Lüthi als GPK-Ersatzmitglied gewählt.

33 F.3.7.5. Rechnungsführung: Voranschläge

2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission sowie der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2005 (Nr. 2004/18, 2004/18a und 2004/18b)

Der Stadtrat schreibt in seiner Zusammenfassung:

Bei der Erarbeitung des Voranschlags 2005 wurden vom Stadtrat folgende Zielsetzungen verfolgt:
- keine Zunahme des Bilanzfehlbetrages;
- keine Zunahme der Fremdverschuldung, ohne aber Investitionen unnötig zu blockieren;
- Offenlegen der finanziellen Situation der Stadt Liestal und Schaffen der Basis für den Finanzplan.

Mit diesem Voranschlag wird keine Veränderung der finanziellen Situation der Stadt Liestal erwartet, weder positiv noch negativ, da die Schulden konstant bleiben werden.
Leider wurde dabei keine Möglichkeit gesehen, die kurzfristige Zielsetzung zu erreichen, nämlich alle zusätzlichen Einnahmen, z.B. den ungebundenen Finanzausgleich, nur für den Schuldenabbau zu verwenden. Eventuell sich ergebende Buchgewinne werden konsequent für den Schuldenabbau verwendet.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2005 wird genehmigt.
2. Vom Stellenplan 2005 wird Kenntnis genommen.
3. Die Gemeindesteuersätze der Einwohnerrechnung werden wie folgt festgesetzt:

Natürliche Personen	67% der Staatssteuer (unverändert)
Juristische Personen	5,0% Ertragssteuer (unverändert) 5.5 ‰ Kapitalsteuer (unverändert)
Feuerwehrpflichtersatz	0,4% des ersatzpflichtigen Einkommens (unverändert)

4. Der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals wird analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal beschlossen (Annahme im Voranschlag 2005: 0.5 %).

Die Anträge der Finanzkommission lauten:

Der Voranschlag für das Jahr 2005 wird unter Berücksichtigung folgender Zusatzanträge genehmigt:

1. Plafonierung Personalbestand: Die Fiko beantragt, einen maximalen Personalbestand von 82 Vollpensen (Festangestellte und Aushilfen) nach Verwaltungseinheiten ohne Einbezug der Lehrlinge (10) und der Betreuer WAL (2.20).

2. Die Gemeindesteuersätze werden gemäss dem Vorschlag des Stadtrates festgesetzt.

3. Der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals wird analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal beschlossen.

4. Die Fiko beantragt, folgenden Budgetposten in einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat vorzulegen: 140.506.05 Lego 2: Hubretter/Stützpunktfahrzeug; 140.661.01 abzüglich Anteil BGV von 60%.

5. Die Fiko beantragt, folgenden Budgetposten in einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat vorzulegen: 620.506.05 Fahrzeuge: Ersatz Zücko (mit Presscontainer).

6. Die Fiko beantragt, dass die Entschädigung für das Schulratspräsidium analog zu den anderen Kommissionspräsidien erfolgt: Doppeltes Sitzungsgeld für offizielle Sitzungen und Streichung der fixen Entschädigung.

7. Die Fiko beantragt die Streichung der Budgetposition 113.311.01 Mobilien Stadtpolizei, welche folgende Einzelposten beinhaltet: Ersatz PW: CHF 15'000.-; Radarboxen: CHF 18'000.-; Kleinmaterial CHF 3'000.-.

Die Anträge der Bau- und Planungskommission zu den Gebundenen Ausgaben lauten:

1. *140.506.05, Feuerwehr, Lego 2* *CHF 160'000.-*
   Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

2. *240.503.09, Kindergarten Radacker* *CHF 100'000.-*
   Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

3. *740.503.02, Friedhof, Sanierung Werkstatt- und Magazingeb.* *CHF 300'000.-*
   Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

4. *710.501.53, Abwasserbeseitigung, Kanal Waldenburgerstr./ Grammetstrasse* *CHF 400'000.-*
   Wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) weist darauf hin, dass dies das wichtigste Geschäft des Amtsjahres sei. Alle Räte, nicht nur die Fraktionssprecher, hätten das Recht, sich dazu zu äussern. Zuerst werde das Eintreten diskutiert, danach gehe man in die Detailberatung. Die Laufende Rechnung werde er kapitelweise durchgehen. Die Investitionen würden en bloc behandelt, im Anschluss daran die diversen Anträge.

Fiko-Präsident Andreas Zbinden äussert, generell habe man eine ausgeglichene Rechnung vor sich. Sie weise ein Plus von 8000 Franken auf. Zwei Zahlen seien auffallend, der Ungebundene Finanzausgleich und der Betrag für die Sekundarschulanlagen. Liestal sei eine Schwellenstadt; einmal gebe es einen Ausgleich, dann wieder nicht. Der Betrag des Kantons an die Sekundarschulen sei auf die nächsten drei, vier Jahre gesichert. Beides seien befristete Einnahmen. Somit habe die Stadt Liestal eigentlich ein Defizit von CHF 1,1 Mio. In seinem Bericht schreibe dies der Stadtrat auch. Die Sekundarschulanlagen seien in früheren Sitzungen thematisiert worden. Die Stadt Liestal sei hier Immobilienverwalter. Sie brauche diese Beträge, um die lokalen Ausgaben zu bestreiten.
Liestal müsse rund CHF 3 Mio netto investieren, um seine Infrastruktur zu erhalten. Betrachte man die Selbstfinanzierung, so entstehe eine Finanzierungslücke von rund CHF 900'000.- Zum gesamten Budget wolle er festhalten, dass es eine Zielsetzung brauche. Durch die Motion Fluri seien die Ziele politisch breit abgestützt: Diese Zielsetzungen seien aber nicht erreicht worden. Man habe nicht wirklich ein ausgeglichenes Budget vor sich. Bei der Fremdverschuldung sei man noch weit weg vom Ziel. Gesamthaft komme die Fiko zum selben

Schluss wie der Stadtrat: Die Ziele würden nicht erfüllt. Zwar habe man ein ausgeglichenes Budget, erziele es aber nur durch ausserordentliche Einnahmen.
Die Fiko habe die gute und transparente Kommunikation durch den Stadtrat und die Verwaltung sehr geschätzt. Die Kommission habe der Verwaltung über 60 Fragen gestellt, die diese beantwortet habe. Speziell diskutierte Punkte seien gewesen, ob es ein gutes oder schlechtes Budget sei, ob man darauf eintreten wolle oder nicht. Die Ziele seien zwar mehrheitlich nicht erreicht worden; der Stadtrat sei aber neu zusammengesetzt. Deshalb sei die Mehrheit der Fiko für Eintreten gewesen, unter der Prämisse, dass im Finanzplan 2005 - 2009 aufgezeigt werde, wie die Motion Fluri umgesetzt werden könne. Ein weiterer Hauptpunkt sei das Personelle gewesen. Wenn man den Stellenplan im Budget anschaue, sehe man, dass im Hochbau zusätzlich eine 80- bis 100-Prozent-Stelle und bei den Zentralen Diensten eine 20-Prozent-Stelle vorgesehen sei. Die Fiko habe von der Verwaltung die Information erhalten, dass diese Stellen nötig seien. Das Ausgabenniveau der Stadt sei aber zu hoch, und der Hauptkostentreiber, den der Einwohnerrat beeinflussen könne, seien die Personalkosten. Die Fiko könne aber nicht Stellen bewilligen, weil sie die Situation im Einzelnen nicht zu beurteilen vermöge. Sie habe sich deshalb auf eine Gesamt-Stellenzahl geeinigt. Was die Investitionsrechnung betreffe, so arbeite der Stadtrat mit einem neuen Budgetierungsprozess. Er wolle nicht mehr ausgeben, als er selbst finanzieren könne. Die Fiko finde, es mache Sinn, so zu budgetieren.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) legt dar, die Bau- und Planungskommission habe sich auftragsgemäss mit den Gebundenen Ausgaben in der Finanzrechnung befasst. Sie habe sich eingehend über die Notwendigkeit der diversen Positionen informiert. Unter den Anträgen habe sie vorgeschlagen, was sie gegenüber der stadträtlichen Vorlage gerne anders hätte. Es gebe auch eine Differenz mit der Finanzkommission wegen einer Fahrzeug-Anschaffung bei der Tiefbau-Abteilung. Darauf käme die BPK bei den Anträgen.

Stadtrat Peter Rohrbach entschuldigt sich für die Fehler im Stadtratsbericht (falscher Steuersatz bei Ertragssteuer der juristischen Personen). Man werde alles daran setzen, dass so etwas nicht mehr passiere. Das Wesentliche habe Andreas Zbinden gesagt. Der Stadtrat sei mit dem Budget auch nicht glücklich. Es sei darum gegangen, die Realität zu akzeptieren. Man habe sich im Stadtrat darauf geeinigt, die Kostenkontrolle zu intensivieren. Mindestens zweimal im Jahr werde man einen intensiven Soll-Ist-Vergleich machen. Zum Bericht selbst gebe es nicht viel zu sagen. Die soziale Wohlfahrt sei nicht das Problem der Finanzen. Er wisse nicht weshalb, aber dies werde oft gesagt. 17 Prozent der lokalen Steuern würden dafür aufgewendet. Dieser Betrag sei zwar hoch, bleibe aber seit Jahren stabil. Er wolle sich noch zu den Anträgen der Fiko äussern. Grundsätzlich beantrage der Stadtrat, vollumfänglich seinen Anträgen zu folgen. Die Stellenbeantragungen seien umfassend begründet worden. Der Landrat habe 0,8 Prozent Teuerungsausgleich beschlossen; der Stadtrat beantrage, dem zu folgen. Nach dem Personalreglement sei der Ausgleich regelmässig zu bewilligen. Über den Teuerungsausgleich für die Lehrerschaft könne der Einwohnerrat nicht entscheiden. Dann würden zwei Anträge gestellt, dass es zwei separate Vorlagen geben solle, eine für ein Fahrzeug für die Stützpunktfeuerwehr, die andere für den Ersatz des Presscontainers. Damit könne man leben. Man müsse allerdings bedenken, dass Einzelanträge Geld kosten würden. Was das Fixum des Schulpräsidiums betreffe, so beantrage der Stadtrat, der Fiko nicht zu folgen. Der Aufwand für das Präsidium werde derzeit sorgfältig abgeklärt. Dann wolle er sich noch zum Thema Polizeifahrzeug und Radargerät äussern. Das sei eine etwas heikle Sache. Grundsätzlich habe man sich ja einmal für Tempo 30-Zonen ausgesprochen. Ob dieses Tempo auch eingehalten werde, müsse überprüft werden. Es gehe bei dieser Investition um die Erhöhung der Sicherheit.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erklärt, jetzt werde das Eintreten auf die Vorlage diskutiert.

Bernhard Fröhlich (FDP) erinnert an die Einwohnerrats-Sitzung vom 20. November 2002, als die Motion Fluri einstimmig angenommen worden sei. Der Stadtrat sei damals beauftragt worden, Massnahmen einzuleiten, damit die finanzpolitischen Ziele erreicht würden. Das vorliegende Budget erfülle die Vorgaben einmal mehr nicht. Nur dank ausserordentlicher Zuwendungen, die eigentlich für den Schuldenabbau hätten verwendet werden müssen, sei die Ausgeglichenheit erreicht worden. In diesem Sinn dürfte man eigentlich auf das Budget nicht eintreten. Er habe schon am 20.11.02 gesagt, dass es auf der Verwaltung Leute gebe, die ausserordentlich gut arbeiten würden. Man müsse aber die Dienstleistungen überdenken, und man käme nicht darum herum, Leistungen einzuschränken oder abzubauen. Das Ziel, CHF 2 Mio pro Jahr einzusparen, bedürfe einer Diskussion über Qualität, Leistung und Nachhaltigkeit. Der Stadtrat habe in den letzten zwei Jahren dazu keine Grundlagen geliefert.
Er habe sich die Frage gestellt, ob Liestal wirklich mehr Schulden als ähnlich grosse Gemeinden habe. Fazit: Liestal habe mit Abstand am meisten mittel- und langfristige Schulden im ganzen Kanton. Es seien die sattsam bekannten 57 Millionen, alle anderen Gemeinden lägen einiges unter 50 Millionen. Die Stadt habe mehr Schulden als der ganze Bezirk Waldenburg. Bei den Schulden pro Einwohner befinde sich Liestal mit CHF 4410.40 an achter Stelle. Es gebe also nur noch sieben kleinere Gemeinden, die eine höhere Durchschnittsverschuldung als Liestal hätten. Im Vergleich mit grösseren Gemeinden könne er folgende Beispiele nennen: Münchenstein habe eine Pro Kopf-Verschuldung von rund CHF 3700.-, Pratteln von CHF 2700.-, Reinach von CHF 2400.-, Aesch von CHF 1800.- und Bottmingen von etwa CHF 520.-. Was die laufenden Kosten betreffe, so habe Liestal noch Potential. Die Situation sei aber mit rund CHF 1578.- pro Einwohner im Vergleich mit anderen grossen Gemeinden vertretbar. Die Kantonshauptstadt schneide in diesem Punkt nicht sehr gut, aber auch nicht so schlecht ab. Das führe zur Überlegung, dass es keine Personalaufstockung geben solle, aber auch keinen drastischen Abbau, bei gleichbleibendem Dienstleistungsangebot und gleichem Qualitätsstandard. Die dritte Kennzahl sei der Sachaufwand. Hier befinde sich Liestal an 48. Stelle, das heisst im Mittelfeld, stehe aber im Vergleich mit grösseren Gemeinden eher schlecht da. Eine tiefere Analyse wäre hier notwendig. Der kommende Finanzplan müsse den Weg der Einsparungen von CHF 2 Mio pro Jahr definitiv aufzeigen. Dies sei nur möglich, wenn der Stadtrat das Dienstleistungsangebot der Stadt und die Qualitätsansprüche hinterfrage und Abbauvorschläge unterbreite. Seine Prioritätenliste müsse er dann dem Einwohnerrat unterbreiten. Man müsse lernen zu unterscheiden, was wünschbar und was notwendig sei. Die FDP trete mit grossem Widerwillen auf das Budget ein.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion nehme mit Enttäuschung zur Kenntnis, dass zum dritten Mal das Ziel der dringlichen Motion Fluri nicht erreicht werde. Die Ausgaben könnten nicht mit den Einnahmen gedeckt werden. Die Entwicklung sei folgende: Im Budget 2003 habe man ein Minus von CHF 530'000.- vorgesehen. In der Rechnung habe dann das Defizit CHF 940‘000.- betragen. Im Finanzplan des laufenden Jahres sei ein Plus von CHF 680'000.- vorgesehen. Im Budget wären dann noch CHF 530'000.- gestanden, mit den genannten Zusatzeinnahmen, oder CHF 135'000.- ohne diese Einnahmen. Wie die Rechnung ausfalle, werde man in einem halben Jahr sehen. Der Finanzplan 2005 sehe ein Minus von CHF 115‘000.- vor. Man habe jetzt ein schönes Budget mit CHF 8000.- Mehreinnahmen vor sich. Ziehe man die ausserordentlichen Einnahmen ab, wäre eigentlich ein Minus von CHF 1,1 Mio zu verzeichnen. Man müsse sich fragen, wie die Rechnung wohl in anderthalb Jahren aussehe. Diese erschreckende Entwicklung werfe auch die Frage auf, wann endlich auf die Ausgabenbremse getreten werde. Wenn die aktuellen Planungsinstrumente Legislaturziele, Finanzplan, Jahresprogramm fehlen würden, tappe der Einwohnerrat mit der Abschätzung der künftigen Entwicklungen im Dunkeln. Die starken Abweichungen vom heute noch gültigen Finanzplan würden offenbaren, dass man den Boden unter den Füssen verloren habe. Man müsse konsequent auf die Notbremse treten. Die Mehrheit seiner Fraktion sei trotzdem für das Eintreten auf das Budget. Der Stadtrat brauche aber heute den unmissverständlichen Auftrag, die Ausgaben um mindestens CHF 1 Mio zu reduzieren.

Hanspeter Stoll (SP) weist darauf hin, dass Liestal rund CHF 1,6 Mio wegen der Abschaffung der Erbschaftssteuer fehlen würden. Es sei nicht einfach, in kurzer Frist bessere Rechnungen zu erreichen. Das Budget sei ausgeglichen, die Ziele seien dennoch nicht erreicht. Die ausserordentlichen Einnahmen hätten nicht für den Schuldenabbau gebraucht werden können. Es liege aber ein realistisches, vernünftiges Budget vor. Man sehe, dass der Stadtrat die Sache ernst nehme. Die Frage sei, wie nun vorzugehen sei. Man dürfe nicht nur von Zahlen reden, sondern müsse den ganzen Ablauf betrachten. Nicht die Legislative müsse Vorschläge bringen, sondern der Stadtrat sei gefordert zu sagen, was er wolle. Der Einwohnerrat begleite diesen politischen Prozess. Er solle nicht Exekutiv-Aufgaben übernehmen. Der Einwohnerrat erwarte vom Stadtrat Vorschläge in Richtung der Ziele, über die sich alle einig seien. Der Stadtrat solle im Finanzplan konkrete politische Zeichen setzen. Seine Fraktion erwarte auch, dass aufgezeigt werde, was ein eventueller Abbau von Dienstleistungen oder Einsparungen im Personalbereich für Konsequenzen haben würde. Viele Dinge wie Stellen oder Sachaufwand in der Verwaltung könne der Einwohnerrat kaum beurteilen und darüber nur Zufallsentscheide fällen. Die Aufgabe des Rats sei, darüber zu wachen, dass die Ziele erreicht würden. Der Einwohnerrat erwarte, dass der Stadtrat ein Zeichen setze. Auf der Verwaltung gebe es im Übrigen gutes und motiviertes Personal, dafür wolle er danken. Es bringe der Stadt nichts, wenn man das Budget zurückzuweise. Die SP-Fraktion erwarte mit dem Finanzplan Vorschläge, wo es langgehen solle, und sei in diesem Sinn für das Eintreten.

Astrid Basler (GL) fügt hinzu, auch die Grüne Fraktion sei für das Eintreten auf das Budget. Sie pflichte Hanspeter Stoll bei. Beizufügen habe sie etwas wegen der Sekundarschulbauten. Es werde immer über ausserordentliche Einnahmen aus den Sekundarschul-Anlagen geredet. Liestal habe aber einen Auftrag des Kantons. Diese Einnahmen würden in die Laufende Rechnung fliessen und seien eigentlich reguläre Einnahmen. Bei einer Analyse der Laufenden Rechnung könne man diesen Posten nicht weglassen. Auch ihre Fraktion wünsche einen Schuldenabbau. Der Stadtrat habe mit dem Budget einen Anfang gemacht und gezeigt, wo man sparen könne. Allerdings sei das Ziel sehr schwer zu erreichen, weil sich die Schulden über lange Zeit angesammelt hätten.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) hält fest, das Eintreten sei somit beschlossen. Man komme jetzt zur Detailberatung. Die Laufende Rechnung werde jetzt kapitelweise durchgegangen.

Pascal Porchet (FDP) sagt, etwas liege ihm noch am Herzen. Es seien sich alle einig im Rat, und der Leidensdruck werde grösser. Er unterstütze alle bisherigen Voten, wolle aber etwas entgegenhalten. Die im Saal Anwesenden seien so etwas wie eine Firma. Man habe einen Verwaltungsrat, das seien die 40 Leute, die hier drin sässen. Es gebe eine Geschäftsführung, das seien die fünf Stadträte, und man habe die Angestellten, das seien jetzt 82 Leute. Alle sässen aber im gleichen Boot. Man solle den Ball nicht vollumfänglich der Geschäftsleitung zuspielen. Der Verwaltungsrat sei immer noch das Steuerungselement. Alle hätten die Motion Fluri unterschrieben. Bei jedem Vorstoss sei daran zu denken, ob es um eine kostenneutrale Sache gehe, ob sie Kosten auslöse oder ob man damit Kosten spare. Es sei richtig, dass die Geschäftsleitung die Richtung vorgeben müsse. Der Verwaltungsrat müsse die Geschäftsleitung aber stützen, immer mit dem Gesamtziel, die Schulden von CHF 57 Mio zu vermindern.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) stellt fest, dass es zu den einzelnen Kapiteln der Laufende Rechnung keine Wortmeldungen gegeben habe. Nun würden die Investitionen behandelt.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, eines der Gemeindefahrzeuge werde erneuert. Er wolle hier auf Sparpotential hinweisen. Der Kanton, die Gemeinde Liestal und die umliegenden Gemeinden verfügten über je einen eigenen Wagenpark. Er frage sich, ob das zur Gemeinde-

autonomie gehöre, dass jede Gemeinde jedes Fahrzeug jederzeit zur Verfügung habe. Die Fahrzeuge seien wohl meistens eher „Stehzeuge“ und würden nicht richtig genutzt. Wenn man in diesem Bereich besser zusammenarbeiten würde, könne man sicher Sparpotential nutzen. Es würde natürlich ein gewisses Management brauchen, um die Fahrzeuge besser zu nutzen. Dieser Tabubereich müsse einmal angesprochen werden.

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, es bestünden irrige Vorstellungen, dass an verschiedenen Orten Fahrzeuge ungenutzt herumstünden. Das Sparpotential sei längst überprüft und ausgenutzt worden, wo es möglich gewesen sei. Höchstens Schneeräumfahrzeuge blieben im Sommer stehen.

Bernhard Fröhlich (FDP) fügt hinzu, er glaube, was Marion Schafroth sage. Der Stadtrat solle aber nicht schon fast brüskiert reagieren, wenn man etwas von den Gebundenen in die Ungebundenen Ausgaben schiebe. Investitionen von mehreren hunderttausen Franken würden ein tieferes Verständnis zwischen Exekutive und Legislative verlangen. Wenn ein Fahrzeug im Wert von CHF 1 Mio angeschafft werden solle, läge dem Stadtrat gewiss bereits ein Antrag mit Begründung vom entsprechenden Bereichsleiter vor. Der Stadtrat müsse diesen Antrag nur noch dem Einwohnerrat bekannt machen. Er würde es begrüssen, wenn der Stadtrat grössere Investitionen in Zukunft von vornherein als Ungebundene Ausgabe betrachten würde.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, das Wort sei weiter frei zu den Investitionen. Sonst würde er jetzt zu den Anträgen kommen.

Andreas Zbinden (FDP) sagt, er würde gerne erklären, wie die Anträge der Fiko zustandegekommen seien. Es habe Anträge gegeben, die auch in der Fiko umstritten gewesen seien. In einem Zusatzantrag beantrage die Fiko die Plafonierung des Personalbestands auf 82 Vollpensen. Nicht einbezogen seien die Lehrlingsstellen und 2,2 Stellen für das Wohnheim für Asylantenwesen. Lehrlingsstellen brauche es, das sei kein Thema. Die 2,2 Stellen für das das Wohnheim würde der Bund finanzieren. Die Diskussion in der Finanzkommission sei darum gegangen, ob man beispielsweise die Notwendigkeit einer Stelle im Hochbau beurteilen könne. Die Finanzkommission könne dies nicht und wolle dies auch nicht, denn sie sei keine Exekutive. Der Einwohnerrat müsse jedoch die Leitplanken setzen. Auch die Mehrheit der Fiko meine, dass der Finanzplan neue Wege aufzeigen solle, wie die finanzielle Situation der Stadt verbessert werden könne, eventuell auch durch den Abbau von Dienstleistungen. Personalentscheidungen seien mittel- bis langfristige Entscheidungen. Man könne nicht heute Personal aufstocken und morgen abbauen. Deshalb habe die Fiko zuerst praktisch einstimmig gesagt, man würde gerne den Personalbestand auf 82,2 Stellen plafonieren. Die 0,2 Stellenprozente für die Zentralen Dienste seien dann doch umstritten gewesen. Es habe den Antrag gegeben, den Personalbestand auf 82 Stellen zu plafonieren, und der Stichentscheid zugunsten dieses Antrags sei von ihm gekommen.
Ein weiterer Zusatzantrag betreffe die Feuerwehr, nämlich die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs. Er sei der Meinung, die Entscheidungsgrundlagen dazu müssten vorgelegt werden. Es gehe um viel Geld, und der Einwohnerrat wolle gerne genauer wissen, wofür es ausgegeben werde. Es solle eine separate Vorlage geben, damit der Einwohnerrat darüber entscheiden könne. Dasselbe gelte für den Ersatz des Zücko-Fahrzeugs. Es handle sich auch hier um einen hohen Betrag. Die Fiko meine, der Einwohnerrat sollte dieselbe Entscheidungsgrundlage haben, die dem Stadtrat vorgelegen sei, um die Sache zu beurteilen. Er sei auch der Meinung, dass es kein Riesenaufwand sei, daraus eine Vorlage zu machen. Im Weiteren gehe es um das Fixum für das Schulratspräsidium. Die Fiko beantrage, die Entschädigung des Schulratspräsidiums analog zu anderen Kommissionspräsidien festzulegen. Das bedeute doppeltes Sitzungsgeld pro offizielle Sitzung und das Streichen von fixen Entschädigungen. Das Fixum für das Schulratspräsidium sei in diesem Voranschlag von CHF 15'000.- auf CHF 10'000.- herabgesetzt geworden. Es habe eine Restrukturierung des Schulwesens, der Schulleitung und des Schulsekretariats gegeben. Die Fiko habe nachgefragt, wie man auf diese Reduktion gekommen sei. Darauf habe man keine befriedigende

Antwort erhalten. Die Fiko sei zum Schluss gekommen, dass sie von fixen Entschädigungen weg wolle. Die Leute sollten für das entschädigt werden, was sie gearbeitet hätten, und zwar in einem möglichst einheitlichen Durchschnitt. Der letzte Zusatzantrag betreffe die Mobilien der Stadtpolizei. Die Fiko hätte auch hier gerne eine eigene Vorlage. Sie würde gerne wissen, welche Gedanken dahinter stünden. Politisch sei das Bussenwesen heikel, aber es gehe der Fiko auch um die Strukturen bei der Polizei im Hinblick auf den Finanzplan.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass der Antrag der Fiko betreffend Ersatz des Zücko-Fahrzeuges im Gegensatz zum Antrag der BPK steht. Die BPK sei auch der Meinung, dass es für gewisse Dinge eigene Vorlagen brauche. Aber bei dieser Fahrzeugbeschaffung sei man in der Kommission überzeugt gewesen, diese Sache sei begründet. Die BPK wolle auch ein Zeichen setzen für ein sauberes Liestal. Die Kommission habe das Vertrauen in den Stadtrat und die Verwaltung, dass man dazu nicht noch eine Vorlage bringen müsse.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) gibt bekannt, es gebe noch eine Bereinigung bei den Anträgen. Der zweite Antrag der SP betreffend Integrationskommission sei zurückgezogen worden und werde nicht mehr behandelt. Er komme jetzt zur Abstimmung über den Fiko-Antrag betreffend Stützpunktfahrzeug, der dem Antrag des Stadtrates entgegenstehe. Wer dem Fiko-Antrag Folge leisten wolle, solle dies bitte zeigen.

://: Der Antrag der Fiko, für die Anschaffung eines Stützpunktfahrzeugs eine separate Vorlage auszuarbeiten, wird einstimmig angenommen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, er komme nun zum nächsten Antrag der Fiko, der ebenfalls dem Stadtrat widerspreche. Er betreffe das Zücko-Fahrzeug. Es gebe offenbar noch eine Wortmeldung.

Jürg Holinger (GL) hält fest, seine Fraktion unterstütze die BPK in der Ansicht, dass man die Ausgabe dort lasse, wo sie sei. Für eine Anschaffung im Wert von CHF 105'000.- sollten nicht mehrere Leute nochmals zusammensitzen müssen. Man könne davon ausgehen, dass diese Anschaffung notwendig sei. Wenn im Werkhof Personal reduziert werde, brauche es gute Instrumente.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, es sei bisher keine finanzielle Limite für die Ausarbeitung von Vorlagen festgelegt worden. Man könne auch nicht bei der einen Sache sagen, man habe Vertrauen in den Stadtrat, dass er seriös vorgehe, und bei einer anderen Sache habe man dieses Vertrauen nicht. Es gehe auch nicht um Vertrauen, sondern darum, dass man verstehe, was im Investitionsbereich gemacht werden müsse. Er bitte den Rat, konsequent zu sein und gleich wie beim Feuerwehrwagen vorzugehen.

://: Der Antrag der Fiko, für den Ersatz des Zücko-Fahrzeugs eine separate Vorlage auszuarbeiten, wird mit 24 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen,

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, es gehe nun um den nächsten Antrag der Finanzkommission, das Fixum für das Schulratspräsidium. Die Fiko beantrage, dass die Entschädigung für das Schulratspräsidium analog zu den anderen Kommissionpräsidien erfolge.

Marie-Theres Beeler (GL) führt aus, die Fiko sei hier offenbar einem Missverständnis aufgesessen. Der Schulrat sei keine Kommission des Einwohnerrats, sondern eine Exekutivkommission, analog der Sozialhilfebehörde. Der wesentliche Unterschied sei, dass der Schulrat eine Vorgesetztenfunktion habe. Von der Verantwortung her sei dies nicht mit dem Präsidium einer einwohnerrätlichen Kommission zu vergleichen. Sie empfehle, den Antrag der Fiko nicht anzunehmen.

Regula Nebiker (SP) fügt hinzu, ihre Fraktion schliesse sich den Worten von Marie-Theres Beeler an. Es gehe nicht um den Betrag, sondern um einen Grundsatz. Die Lösung des Stadtrates, erst einmal zu schauen, wie gross der Aufwand tatsächlich sei, halte ihre Fraktion für vernünftig. Es gehe hier um Jobs, die je nachdem eine Reduktion des Pensums erfordern würden. Man müsse auch Leute finden, die diese Art von Verantwortung übernehmen wollten. Die Entschädigung sei auch im Hinblick darauf zu diskutieren, dass die Qualität dieser Behörde aufrechterhalten werde.

Orla Oeri-Devereux (SP) weist auf eine Verordnung des Kantons hin. Dort sei für das Präsidium des Sekundarschulrats eine Pauschalvergütung von CHF 2500.- vorgesehen sowie für jede Klasse eine Vergütung von CHF 110.-. Der Antrag der Fiko beinhalte eine Ungleichbehandlung, dies halte sie für problematisch. Sie habe in der Fiko dem Antrag damals zugestimmt, aber nach einer erweiterten Auseinandersetzung mit dem Thema sei sie nicht mehr dafür und bitte darum, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Bernhard Fröhlich (FDP) findet, man solle das Prinzip der Gleichbehandlung hochhalten. Es sei aber auch ein Kompromiss möglich. Es heisse ja nicht unbedingt, wenn die betreffende Person nach Aufwand entschädigt werde, dass sie dann schlechter fahren würde. Sicher müsste man die beiden Behörden gleich behandeln. Man könne ein Jahr lang den Aufwand für dieses Präsidium aufschreiben, damit man wisse, wovon man spreche, und dann darüber befinden.

Adrian Mächler (FDP) meint, man befinde sich in einem Dilemma. Im Frühjahr, als der neue Schulrat gewählt worden sei, habe er selbst darauf hingewiesen, dass das jetzt eine andere Behörde mit anderen Aufgaben und anderen Präsenzen sei. Es gebe eine Verordnung des Stadtrates, in der die Entschädigung der Schulpflege und der Sozialhilfebehörde festgehalten sei. Diese Verordnung sei aber wahrscheinlich nicht nachgeführt worden. Jetzt stehe im Budget einfach eine Zahl. Die Sozialhilfebehörde sei genau dasselbe wie vorher, der Schulrat sei etwas Neues. Ihm gehe es um Fairness. Nach Aufwand entschädigen sei doch die fairste Methode, die es gebe. Er sehe das emotionslos an, aber er stelle fest, dass die Hausaufgaben nicht gemacht worden seien.

Stadtrat Lukas Ott erklärt, das Portefeuille des vormals Schulpflegepräsidiums, jetzt Schulratspräsidiums, habe sich stark geändert. Was sich nicht geändert habe, sei, dass es sich um eine Nebenexekutive handle mit einer gestärkten strategischen, sehr verantwortungsvollen Aufgabe. Unbestritten sei, dass der Aufwand für das Präsidium geringer sei als früher. Er habe das Präsidium aufgefordert, seine Stundenbuchhaltung einzureichen, damit der Stadtrat das Fixum neu einpegeln könne. Die CHF 15'000.-, die bisher gegolten hätten, hätte der Stadtrat für das Budget auf CHF 10'000.- heruntergesetzt. Effektiv werde es um weniger als CHF 10'000.- gehen. Dass ein Fixum bezahlt werde, solle man aber stehen lassen.

Vreni Wunderlin (FDP) berichtet, sie habe den Übergang teilweise miterlebt. Es habe tatsächlich weniger Aufwand gegeben. Die Stunden würden jetzt erfasst.

Adrian Mächler (FDP) sagt, das Votum von Stadtrat Lukas Ott sei überzeugend gewesen. Ihn habe gestört, dass man etwas festlege, ohne eine Verordnung zu haben. Aber wenn diese noch käme, sei er einverstanden.

://: Der Antrag der Fiko, das Schulratspräsidium analog zu den anderen Kommissionspräsidien zu entschädigen, wird mit 13 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, es gehe nun um den Antrag der Fiko auf Streichung der Budgetposition Mobilien Stadtpolizei.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) sagt, er spreche für eine Minderheit der Fraktion. Der Einwohnerrat sei fast einstimmig dafür gewesen, Wohnzonen mit Geschwindigkeitsbeschränkungen einzurichten. Ebenso sei er für die Begegnungszone im Stedtli gewesen. Es gebe diverse Möglichkeiten, solche Konzepte auch durchzusetzen. Er sei aber der Meinung, dass ein Bestandteil der Massnahmen Geschwindigkeitskontrollen sein müssten. Es finde es schade, dass die Fiko einen einzelnen Posten herausnehme und zur Ablehnung empfehle. Der Betrag entspreche seinem Empfinden nach nicht einer Höhe, die verlange, dass der Einwohnerrat darüber beschliessen müsse. Er habe den Eindruck, dass die Fiko ein politisches Zeichen setzen wolle. Er sei gegen diesen Zusatzantrag.

Marie-Theres Beeler (GL) fügt hinzu, auch ihre Fraktion sei gegen den Zusatzantrag. Sie schliesse sich inhaltlich Claudio Wyss an. Auch ihre Fraktion halte den Betrag für unwesentlich. Wenn in Quartieren und Begegnungszonen nicht gerast werden solle, müsse man der Stadtpolizei entsprechende Instrumente zur Verfügung stellen. Sonst müsse man den Verdacht haben, dass es hier um etwas anderes gehe.

Danielle Schwab (SP) äussert, intelligente Finanzpolitik bedeute, dass sie kongruent mit den politischen Leitlinien sei, die man gesetzt habe, sowie mit den Postulaten, die man entgegengenommen habe. Die Verkehrsberuhigung in den Quartieren sei eines davon. Es wäre kontraproduktiv, wenn man auf dieses Instrument verzichten würde. Die SP-Fraktion sei auch gegen diesen Fiko-Antrag.

Hanspeter Stoll (SP) sagt, er spreche für die Minderheit der SP-Fraktion. Es sei in der Fiko nicht darum gegangen, dass man der Polizei diese Instrumente nicht gegönnt habe, sondern um das Thema Zufälligkeiten. Sicherheit sei etwas Wichtiges. Für ihn sei aber das Zücko-Fahrzeug viel wichtiger. Die Fiko habe nur eine Gleichbehandlung dieser Geschäfte angestrebt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erinnert an die Worte des Fiko-Präsidenten, dass man den Preis aufzeigen solle, wenn für etwas eine Notwendigkeit bestehe. Der Preis wäre hier die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer, der Fussgänger. Der Einwohnerrat habe Ja zu Tempo 30 und zur Begegnungszone gesagt. Neben der Präventionsarbeit sei es wichtig, mit einem Radargerät zu messen, wie schnell wirklich gefahren werde. Mit dem Gerät, das die Stadtpolizei jetzt zur Verfügung habe, könne sie in der Innenstadt keine Messungen durchführen. Wenn einem Sicherheit wichtig sei, müsse die Polizei kontrollieren können. Es könne für einen Betrag von dieser Höhe keine Einwohnerratsvorlage geben. Deshalb würde der Betrag bei einer Annahme des Antrags einfach aus dem Budget gestrichen. Sie bitte im Namen des Stadtrates darum, diesem Fiko-Antrag nicht zu folgen.

://: Der Antrag der Fiko auf Streichung der Budgetposition „Mobilien Stadtpolizei“ wird mit 5 Ja- gegen 24 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, er komme jetzt zu den Anträgen der BPK. Der erste Antrag sei deckungsgleich mit demjenigen der Fiko. Deswegen gehe er zum zweiten Antrag über.

://: Der Antrag Nr. 2 der BPK (Die Position „Kindergarten Radacker“ wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen) wird einstimmig angenommen.

://: Der Antrag Nr. 3 der BPK (Die Position „Friedhof, Sanierung Werkstatt und Magazingebäude“ wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen) wird einstimmig angenommen.

://: Der Antrag Nr. 4 der BPK (Die Position „Abwasserbeseitigung, Kanal Waldenburgerstrasse/Grammetstrasse“ wird als Gebundene Ausgabe gestrichen, aber im Voranschlag belassen) wird einstimmig angenommen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) gibt bekannt, dass jetzt die Schlussabstimmung zum gesamten Budget stattfinde.

://: Das Budget 2005 wird unter Berücksichtigung der genehmigten Anträge einstimmig, mit 39 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung, angenommen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erläutert, zum Stellenplan lägen drei Anträge vor: Der Stadtrat beantrage 83,2 Vollpensen, die SP 82,2 und die Fiko 82,0 Vollpensen.

Jürg Holinger (GL) erklärt, die Grüne Fraktion unterstütze den Stellenplan, wie ihn der Stadtrat vorschlage. Sie sei insbesondere für eine personelle Verstärkung im Hochbauamt. Es sei unbestritten, dass vor allem im Sanierungsbereich grosse Investitionen auf Liestal zukämen. Es gehe um CHF 2 bis 3 Mio pro Jahr. Dieses Pensum könne mit dem jetzigen Bestand im Hochbauamt qualitativ nicht zufriedenstellend erledigt werden. Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle wäre die beste Lösung. Es würden zwar Mehrkosten in der Grössenordnung von CHF 100'000.- anfallen, aber dafür müsse man weniger Arbeit auswärts vergeben. Deshalb entstünden unter dem Strich Mehrkosten von CHF 47'000.-. Seiner Meinung nach werde sich dieser Betrag noch vermindern. Bei einer unterdotierten Abteilung bestehe die Gefahr, dass Dinge auf die lange Bank geschoben würden. Das würde sich später rächen. Projekte in der Schublade würden auch keine Aufträge für das Gewerbe generieren. Seine Fraktion sei der Meinung, das Ganze sei vom Stadtrat wohl durchdacht, und befürworte daher den Stellenplan im Rahmen des stadträtlichen Vorschlags.

Franz Kaufmann (SP) berichtet, in seiner Fraktion sei kontrovers diskutiert worden. Er spreche für die Minderheit. Er sei der Meinung, die Notwendigkeit der Schaffung einer Stelle im Hochbau sei schwer abzuschätzen. Wenn man die Stelle nicht schaffe, würden die Kosten deshalb nicht verschwinden, sondern nur verlagert. Man würde es sich einfach machen, wenn man nur über Stellenprozente und nicht über einzelne Stellen reden wolle. Es sei wesentlich, wer wo was mache. Es mache Sinn, möglichst viel Arbeit intern zu erledigen. Seiner persönlichen Einschätzung nach fahre man auf Jahre hinaus besser, wenn man die Stelle bewillige.

Andreas Zbinden (FDP) hält fest, er wolle von dieser Hochbaustelle wegkommen. Es gehe nicht um diese Stelle. Alle seien sich einig, dass Geld fehle. Deshalb könne man nicht alles beim Alten lassen. Der Einwohnerrat müsse ein Raster für den Personalbestand setzen. Der Stadtrat habe dann die Prioritäten zu setzen, wie er das Personal einteilen wolle, und müsse eventuell auch Dienstleistungen in Frage stellen.

Danielle Schwab (SP) äussert, sie wolle etwas zur Idee der Stellenplafonierung sagen. Es sei tatsächlich eine Problematik vorhanden, wo man sparen wolle und wie. Sie denke, die Stellenplafonierung sei nicht das Ei des Kolumbus, denn dann gehe es nur ums Sparen. Der

Rat komme nicht darum herum zu entscheiden, wo er Schwerpunkte setzen und wo er verzichten wolle. Planung für die Gemeinde sei eine längerfristige Angelegenheit. Hier habe der Einwohnerrat Verantwortung zu übernehmen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) gibt zu bedenken, dass man um 0,2 Stellenprozente streite. Der Antrag der SP wolle eine Plafonierung des Personalbestands. Der Stadtrat lege hingegen einen Stellenplan vor. Ihm persönlich gehe es nicht so sehr um 82 oder 82,2 Stellen, sondern darum, ob man die Stellenzahl plafonieren wolle oder oder nicht. Er gehe davon aus, dass der Personalbestand nicht plafoniert werde, wenn man den Antrag des Stadtrates annehme. Er habe nach den Voten den Eindruck, dass es die 0,2 Stellenprozente brauche. Dass man darüber eine halbe Stunde diskutieren müsse, fände er etwas mühsam.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erinnert daran, dass insgesamt drei Anträge zum Personalbestand vorliegen würden.

Franz Kaufmann (SP) betont, wenn man dem Stadtrat sage, er solle irgendwie CHF 2,3 Mio investieren, betrüge der Rat sich um die Arbeit, die es in diesem Zusammenhang gebe. Der Einwohnerrat sei eine öffentliche Institution und auch verantwortlich dafür, wie das Geld ausgegeben werde.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) erkundigt sich, was die Zahl 85,47 im Bericht des Stadtrates bedeute.

Stadtrat Peter Rohrbach erläutert, im Stellenplan des Stadtrates seien alle Stellen aufgeführt.

Andreas Zbinden (FDP) führt weiter aus, im Budget auf Seite 11 weise die Stadt total 95,47 Stellen aus. Wenn man die Lehrlinge ausklammere, sei man bei 85,47 Stellen. Wenn man dann noch das Wohnheim herausnehme, sei man beim Antrag des Stadtrates. Die Frage sei, wo man plafonieren wolle, oder ob man dies gar nicht wolle. Die Mehrheit der Fiko sei dafür, dass die Exekutive das Personal umlagere, Dienstleistungen überdenke und mit 82 Stellen für ein Jahr weiterfahre. Im Finanzplan 2005 solle der Stadtrat mit neuen Vorschlägen kommen und könne dann mit einem neuen Stellenplan langfristig weiterziehem.

Orla Oeri-Devereux (SP) erklärt, die SP habe einen Antrag eingereicht. Dabei gehe es um die Plafonierung des Personalbestands bei 82,2 Stellen. Die 2 hinter dem Komma sei eine 20-Prozent-Stelle, die der Einwohnerrat im Budget 2003 und 2004 bewilligt habe. Von daher handle es sich nicht um eine neue Stelle, sondern um 20 Prozent, die in einem Bereich abgebaut und, weil dringend nötig, in einen andern Bereich übertragen würden. Der Bereich, in dem abgebaut werde, sei die Bildung. Die Stelle würde in die Zentralen Diensten übertragen. Dort habe es zu wenig Personal, was sich in einer hohen Zahl von Überstunden äussere. Für die SP-Fraktion sei offensichtlich, dass die Angestellten dort am Anschlag seien. So etwas sei nicht vertretbar. Durch die Zusammenführung der Zentralen Dienste mit den Finanzen habe man auch einen Bereichsleiter gespart; Rainer Gloor sei nicht ersetzt worden. Die SP-Fraktion sei für eine Plafonierung des Stellenbestands, aber nicht für Stellenabbau. Sie bitte, dem Antrag der SP zuzustimmen.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) sagt, er verstehe die Zahlen nicht. Es sehe für ihn so aus, dass die Fiko für einen Stellenabbau eintrete.

Andreas Zbinden (FDP) erklärt, nach dem Wunsch des Stadtrates sollten zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die Fiko wolle ohne Stellenabbau auf 82 Stellen bleiben. Die 20 Stellenprozente in der Bildung seien nicht mehr nötig, und die Kommission wolle keine Aufstockung in den Zentralen Diensten.

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, er fühle sich völlig unverstanden. Die Fiko sage, man solle bei 82 Stellen bleiben. Die Schwergewichte solle aber der Stadtrat festlegen. Es sei seine Kompetenz, dem Hochbau Priorität zu geben. Dann müsse man eben irgendwo anders Haare lassen. Der grösste Brocken sei nun mal der Personalbestand, das könne man nicht schönreden. Wenn man die Motion Fluri als Leitlinie beibehalten wolle, müsse man entsprechend handeln.

Astrid Basler (GL) berichtet, sie sei an der Debatte in der Fiko gewesen. Man habe intensiv über die Hochbaustelle diskutiert. Martin Hofer von der Verwaltung habe deren Notwendigkeit begründet. Es hätten sich Pendenzen aufgehäuft. Die Stellenprozente im Hochbau seien durch die Erfahrungen der letzten Jahre begründet. Die Stellenzahl wäre mit der neuen Stelle nicht höher als in den letzten Jahren. Im vergangenen Jahr sei jemand pensioniert worden, und man habe die Stelle nicht wieder besetzt. Sie habe in der Fiko die Meinung vertreten, in den nächsten vier Jahren mit dem Vorschlag des Stadtrates zu arbeiten, sei damit aber nicht durchgekommen.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, es sei einfach zu sagen, die Hochbau-Stelle sei nicht tangiert. Er frage sich, wo diese Stelle denn eingespart werden könne. Er sei nicht damit einverstanden, dass eine so lange Budget-Diskussion stattfinde, ohne dass man im Finanzplan Rahmenbedingungen habe, mit denen man den Personalbestand für die nächsten vier Jahre planen könne. Es könne nicht sein, dass nur der Stadtrat sage, wo gespart werden solle, und der Einwohnerrat sage Ja dazu. Er erwarte von der Legislative, dass sie äussere, wo sie ihre politischen Schwerpunkte setzen wolle. Er wehre sich dagegen, dass die 57 Millionen Schulden immer dem Stadtrat zugeschanzt würden. Niemand von der heutigen Exekutive sei in der Geburtsstunde dieser Schulden dabei gewesen. Es sei klar, dass man gewichten und entscheiden müsse. Man könne übrigens auch mit Investitionen sparen. Er denke an die Sozialen Dienste, wo man die Stellen aufgestockt habe, um Sozialfälle abzubauen, was teilweise sehr gut gelungen sei. In den letzten vier Jahren sei viel investiert worden. In den nächsten vier Jahren seien es mindestens CHF 8,5 Mio Nettoinvestitionen, die man realisieren müsse. Nach dem Jahr 2009 müssten weitere CHF 19 Mio investiert werden. Da gehe es zum Teil auch um Wünsche aus dem Einwohnerrat. Er erinnere daran, dass der Stadtrat folgende Stellen in den letzten anderthalb Jahren nicht mehr besetzt habe: diejenige des Hauswarts im Rotacker, diejenige von Finanzchef Rainer Gloor sowie eine Stelle im Stadtbauamt, wo eine Person pensioniert worden sei. Das gesamte Stadtbauamt habe 7,5 Stellen. Damit müsse enorm viel Arbeit bewältigt werden. Die Stadt Olten, die 2000 Einwohner mehr als Liestal habe, habe 4 Stellen für den Hochbau, Liestal lediglich 1,7. Er wehre sich fürs Stadtbauamt, denn er mache sich grosse Sorgen wegen der Überlastung des Personals. Es sei eine gewisse Demotivation feststellbar. Nicht zuletzt mache er sich Sorgen wegen der Sanierungsvorhaben. Der Einwohnerrat habe den Investitionsplan gutgeheissen. Sanierungsmässig müsse die Stadt bis CHF 3 Mio investieren können. Das brauche auch Personal. Man betreibe Zahlenspielerei mit der Plafonierung von Stellen, doch da würden Menschen dahinter stecken. Er wolle die 83,2 Stellen ernsthaft verteidigen. Man werde auch die Chance mit dem Finanzplan packen. Er bitte um Vertrauen in den neuen Stadtrat.

Stadtpräsidentin Regula Gysin macht darauf aufmerksam, dass man mit der Verzahnung der Zentralen Dienste und der Finanzen jetzt ein halbes Jahr Erfahrung habe. Man sehe, was machbar sei und was nicht. Auf der anderen Seite sage man immer, Kundenfreundlichkeit sei auf einer Verwaltung wichtig. Man dürfe nicht vergessen, dass die Zentralen Dienste die Visitenkarte des Rathauses seien. Aus dem Rat heisse es, der Stadtrat solle Verlagerungen vornehmen. Der Stadtverwalter habe sich diese Gedanken schon längst gemacht und manches schon längst vollzogen, wenn es so einfach wäre. Man müsse auch aufpassen, dass keine Sozialfälle geschaffen würden. Damit wäre auch nicht gespart.

://: Der Antrag der SP, den Personalbestand bei 82,2 Stellen zu plafonieren, wird gegen den Antrag der Fiko mit 24 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

://: Der Antrag der SP wird gegen den Antrag des Stadtrates mit 28 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: Vom Stellenplan wird unter Berücksichtigung der zugestimmten Anträge grossmehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung Kenntnis genommen.

://: Die Gemeindesteuersätze werden einstimmig angenommen.

://: Der Teuerungsausgleich wird einstimmig angenommen.

34 E.1.8. Alternativ-Energien diverse

3. Bericht des Stadtrates betreffend Wärmeversorgung Frenkenbündten Liestal AG: Verzicht auf eine Beteiligung an der Kapitalerhöhung; Veräusserung des Aktienkapitals (Nr. 04/182a)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Mit der Vorlage 04/182 hat der Stadtrat am 08. Juni 2004 auf der Grundlage eines entsprechenden Ansinnens des Verwaltungsrates dem Einwohnerrat Antrag gestellt betreffend Zustimmung zur Erhöhung des Minderheits-Anteils der Stadt Liestal am Aktienkapital der Wärmeversorgung Frenkenbündten Liestal AG um CHF 200'000.00. Dies im Zuge der Erhöhung des Aktienkapitals auf 2 Mio Franken (Verdoppelung).
Aufgrund einer nochmaligen Lagebeurteilung des Stadtrates in neuer Zusammensetzung und nach vorgängiger mündlicher Absprache mit den Verantwortlichen der Aktiengesellschaft gelangt die Minderheitsaktionärin (1/5 des Aktienkapitals gegenüber 4/5 in der Hand der Elektra Baselland EBL) im Einvernehmen mit der Mehrheitsaktionärin heute zur Überzeugung, dass eine Beteiligung an der Kapitalerhöhung (damit aber verbunden auch eine Fortsetzung der Beteiligung) nicht mehr zweckmässig ist. Die Ausgangslage anlässlich der seinerzeitigen Gründung (Ersatzbedarf der Heizanlage Frenkenbündten, Suche nach einer ökologisch sinnvollen Variante) ist heute nicht mehr gegeben. Die Minderheitsbeteiligung an der privatrechtlichen Aktiengesellschaft überzeugt im heutigen Zeitpunkt weder in Bezug auf die Einflussnahmemöglichkeiten nach Aktienrecht noch den Return on Investment. Seitens der EBL bietet ein Ausstieg der Stadt Liestal keinerlei Probleme und kann einem solchen Szenario aus Gründen der Vereinfachung durchaus Positives abgewonnen werden. Die EBL ist bereit, der Stadt die Aktien zum Nominalwert abzukaufen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt der Veräusserung des gesamten Aktienkapitals der Stadt Liestal an der Wärmeversorgung Frenkenbündten Liestal AG im Betrag von CHF 200'000.00 zu diesem Wert zu und beauftragt den Stadtrat, die statutarisch und gemäss Aktionärs-Bindungsvertrag erforderlichen Massnahmen zu vollziehen.
2. Die Vorlage Nr. 04/182 „Wärmeversorgung Frenkenbündten AG: Aktienkapitalerhöhung“ vom 08. Juni 2004 wird als erledigt abgeschrieben.

Stadtrat Peter Rohrbach erläutert, es gehe bei dieser Vorlage um eine Minderheitsbeteiligung der Stadt. Die Beteiligung sei fremdfinanziert. Die Stadt zahle für diese Schulden knapp vier Prozent Zinsen; es gehe um Ausgaben von rund CHF 20‘000.- pro Jahr. Aus gesetzlichen Gründen müsse die Wärmeversorgung Frenkenbündten Kapital aufstocken. Liestal müsste dann nochmals CHF 200'000.- aufnehmen. Deshalb habe sich der Stadtrat die Sache grundsätzlich überlegt. Bei einem Anteil von 20 Prozent könne man den Geschäftsverlauf nicht wesentlich mitbestimmen. Eine Dividende werde diese Firma auf lange Sicht nicht zahlen. Für die Stadt würde dies ein Defizitgeschäft bleiben. Der Stadtrat stelle deshalb den Antrag, dass die Stadt sich aus der Wärmeversorgung Frenkenbündten Liestal AG verabschiede. Die EBL sei bereit, die Aktien zum Nominalwert zurückzunehmen.

Heinz Lerf (FDP) sagt, seine Fraktion gehe davon aus, dass der Stadtrat die Angelegenheit sorgfältig geprüft habe, und unterstütze seinen Vorschlag einstimmig.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) erläutert, bei der Gründung der Wärmeversorgung sei der Ersatz einer Heizanlage im Vordergrund gestanden. Die Beteiligung an dieser AG habe der Stadt ermöglicht, energiepolitische und ökologische Ziele zu einem tragbaren Preis zu verfolgen. Bei der Aufstockung des Kapitals hätte die Stadt nochmals Geld aufnehmen müssen. Die EBL könne die Ziele auch ohne Mitwirkung der Stadt weiterverfolgen, deshalb stehe einem Rückzug der Beteiligung nichts im Weg. Die Mehrheit seiner Fraktion unterstütze den stadträtlichen Antrag.

Bernhard Fröhlich (FDP) erinnert daran, dass damals kontrovers diskutiert worden sei, ob es richtig sei, sich an der Wärmeversorgung Frenkenbündten zu beteiligen. Er würde gerne wissen, ob sich der Stadtrat weiter darüber Gedanken gemacht habe, dass man solche Engagements eigentlich nicht eingehen solle. Auf der einen Seite habe man Verträge, auf der anderen Seite sei man mitbeteiligt. Das ergebe immer eine ungute Situation. Im Prinzip sollte man Leistungsverträge haben, bei denen man nicht noch mit dem Leistungserbringer im gleichen Boot sitze.

Franz Kaufmann (SP) äussert, seine Fraktion sei einstimmig für den Antrag des Stadtrates.

Marie-Theres Beeler (GL) fügt hinzu, auch ihre Fraktion sei einstimmig dafür.

Stadtrat Peter Rohrbach antwortet auf die Frage von Bernhard Fröhlich, der Stadtrat habe sich diese Sache auch konzeptionell überlegt. Die Exekutive sei heute der Meinung, man müsse sich auf die Aufgaben konzentrieren, die eine Verwaltung habe. Er glaube nicht, dass man solche Engagements wieder eingehen werde. Und wenn doch, würde dies dem Einwohnerrat unterbreitet.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) hält fest, dass sich Adrian Mächler als Beteiligter an diesem Werk im Ausstand befinde.

://: Dem Antrag des Stadtrates, das gesamte Aktienkapital der Stadt Liestal an der Wärmeversorgung Frenkenbündten Liestal AG zu veräussern, wird einstimmig, bei einer Enthaltung, zugestimmt.

://: Dem Antrag des Stadtrates, die Vorlage Nr. 04/182 als erledigt abzuschreiben, wird grossmehrheitlich, bei einer Enthaltung, zugestimmt.

35 V.1.4. Gemeinschaftsantenne, LiestalNet AG

4. Bericht des Stadtrates betreffend LiestalNet AG: Veräusserung Aktienkapital (Nr. 2004/20)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Ausgelöst durch die Analyse der Situation bei Minderheitenbeteiligungen in Kapitalgesellschaften im Rahmen der Kapitalerhöhung der Wärmeversorgung Frenkenbündten AG hat der Stadtrat grundsätzliche Überlegungen zu seinen finanziellen Engagements angestellt. Mit gezielten Desinvestitionen sollen dort, wo die Vorteile für die Stadt nicht oder nicht mehr gegeben sind, Voraussetzungen geschaffen werden, um Mittel für den Schuldenabbau bereit zu stellen.
Eine weitere Minderheitenbeteiligung liegt auch bei der 2001 gegründeten LiestalNet AG vor. Statutengemäss bezweckt diese Gesellschaft auf dem Gebiet der Kommunikation, insbesondere der Telekommunikation, den Erwerb, das dauernde Halten, Verwalten und Verwerten von Beteiligungen, Konzessionen und anderen Rechten sowie das Erbringen von Dienstleistungen aller Art.
Die Stadt Liestal gelangt als Minderheitsaktionärin auch in diesem Geschäft zur Überzeugung, dass die Minderheitsbeteiligung an der privatrechtlichen Aktiengesellschaft im heutigen Zeitpunkt weder in Bezug auf die Einflussnahmemöglichkeiten nach Aktienrecht noch den Return on Investment überzeugt. Seitens der EBLCom bietet ein Ausstieg der Stadt Liestal keinerlei Probleme. Sie ist mit einem Rückzug des Aktienkapitals zum Nennwert einverstanden.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Veräusserung des gesamten Aktienkapitals der Stadt Liestal an der LiestalNet AG im Betrag von CHF 350'000.- zu diesem Wert zu und beauftragt den Stadtrat, die statutarisch und gemäss Aktionärbindungsvertrag erforderlichen Massnahmen zu vollziehen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) gibt bekannt, dass Adrian Mächler auch bei diesem Geschäft in den Ausstand trete.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, dass es grundsätzlich um dasselbe gehe wie beim vorherigen Geschäft. Mit 35 Prozent Beteiligung habe die Stadt hier allerdings ein anderes Gewicht. Die LiestalNet werde vermutlich in der EBLCom aufgehen. Die Interessen der Benützer dieses Service sollten durch den Leistungsauftrag abgedeckt werden. Dabei gehe es vor allem um den Fernsehanschluss. Der Leistungsauftrag werde derzeit in der GoR behandelt. Es sei besser, wenn man klare Fronten habe und die Stadt Verhandlungspartner gegenüber der EBLCom sei. Es sei nicht so gut, wenn man auf beiden Seiten sitze. Ausserdem sei die Angelegenheit für Liestal teuer, da die Beteiligung fremdfinanziert sei. Im Sinn der konzeptionellen Überlegungen stelle der Stadtrat auch hier den Antrag, dass sich die Stadt als Aktionärin zurückziehe.

Marie-Theres Beeler (GL) sagt, ihre Fraktion stimme dem Antrag an sich zu. Allerdings sei die Sachlage etwas anders als bei der Wärmeversorgung Frenkenbündten. Die LiestalNet AG sei die Anbieterin von Funksignalen über Kabel für Fernsehen und Radio in Liestal. Deshalb sei es wesentlich, dass der Leistungsauftrag stehe, wenn die Stadt als Aktionärin aussteige. Ihre Fraktion wünsche deshalb, dass das GGA-Reglement, das den Service public regle, zuerst verabschiedet werde.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, seine Fraktion habe sich auch überlegt, ob das Geschäft nicht im Widerspruch zum GGA-Reglement stehe. Man solle zuerst dieses Reglement prüfen.

Heinz Lerf (FDP) gibt bekannt, dass er folgende Anträge stelle: „1. Im Namen der FDP-Fraktion beantrage ich, das Geschäft Nr. 2004/20 (LiestalNet AG) zurückzustellen, bis die Leistungsvereinbarung (zur Zeit in der GoR) abgesegnet ist. 2. Anschliessend sollte das Geschäft an die Fiko zur Überprüfung überwiesen werden."

://: Der Antrag Nr. 1 der FDP wird einstimmig angenommen.

://: Der Antrag Nr. 2 der FDP wird grossmehrheitlich angenommen.

36 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

5. Bericht des Stadtrates betreffend Parkhaus Bücheli AG: Neufestlegung des wiederkehrenden Strukturbeitrages auf neu CHF 70'000.-- / Jahr (Nr. 2004/21)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Basierend auf der Vorlage Nr. 98/178 hat der Einwohnerrat am 25.11.1998 beschlossen, im Zusammenhang mit dem Bau des Engel-Parkings den jährlichen Strukturbeitrag von CHF 70'000.00 auf CHF 120'000.00 zu erhöhen. Dieser Beitrag wurde zeitlich begrenzt auf die Jahre 1999 bis 2004. Die der Vorlage beiliegende Chronologie zeigt die Entwicklung der Parkhaus Bücheli AG seit dem Jahre 1980.
Die Parkhaus Bücheli AG hat im Herbst 2004 mit dem Stadtrat betreffend Weiterführung eines Strukturbeitrages Kontakt aufgenommen. Auf Basis eines entsprechenden Ansinnens des Verwaltungsrates der Parkhaus Bücheli AG vom 29.10.2004 hat der Stadtrat beschlossen, dass weiterhin ein Strukturbeitrag geleistet und dass dieser antragsgemäss mit jährlich wiederkehrend CHF 70'000.00 festgelegt werden soll. Ausschlaggebend für den stadträtlichen Antrag, weiterhin einen Strukturbeitrag zu leisten, ist der Umstand, dass die Parkhaus Bücheli AG diesen auch weiterhin benötigt, um die gesunde finanzielle Situation der Gesellschaft zu erhalten.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Neufestlegung des Strukturbeitrages an die Parkhaus Bücheli AG von wiederkehrend CHF 70'000.00 pro Jahr (erstmals für das Jahr 2005) zu und beauftragt den Stadtrat mit dem Vollzug der erforderlichen Massnahmen

---

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, es gebe einen Parkplatzfonds. In diesen Fonds würden alle Leute einzahlen, die ein Gebäude hätten, bei dem man keinen Parkplatz realisieren könne. Als das Parkhaus Bücheli gebaut worden sei, habe die Stadt dieses aus dem Parkplatzfonds regelmässig mit CHF 70'000.- unterstützt. Das Parkhaus Bücheli sei mit dem Parkhaus im Hotel Engel erweitert worden. Es gehe relativ lange, bis ein neues Parkhaus selbsttragend werde. Der Einwohnerrat habe akzeptiert, dass man den Strukturbeitrag an die Parkhaus Bücheli AG auf CHF 120'000.-, erhöhe, habe dies aber zeitlich limitiert. Diese Zeit sei jetzt abgelaufen. Die Parkhaus Bücheli AG habe die Rechnung offengelegt. Das Parkhaus an der Büchelistrasse sei jetzt selbsttragend, aber die Parkplätze im Hotel Engel seien noch weit davon entfernt. Der Antrag sei deshalb, dass man auf den alten Strukturbeitrag von CHF 70'000.- zurückgehe. Diesen Beitrag ganz weglassen, hätte zur Folge, dass die Parkhaus Bücheli AG ein Defizit aufbauen würde, das letztlich auch die Stadt tragen müsste.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) führt aus, die Parkhaus Bücheli AG erfülle eine wichtige Aufgabe in der Gemeinde. Deshalb habe die Stadt habe auch schon grosse Beträge in diese Firma investiert. Erfreulicherweise habe sich die Belegung des Parkhauses Bücheli wesentlich verbessert. Weil die Firma nach wie vor mit einem sehr hohen Fremdkapital, das zu verzinsen sei, wirtschaften müsse, sei sie weiterhin auf die laufende Unterstützung der Stadt angewiesen. Seine Fraktion unterstütze grundsätzlich den Antrag des Stadtrates, aber sie bemängle, dass keine Zahlen aus der Rechnung 2003 ausgewiesen würden. Weil der Parkplatzfonds im Voranschlag und in der Rechnung nicht separat ausgewiesen sei, fehle auch hier der Überblick. Damit der Einwohnerrat wenigstens in ein paar Jahren wieder etwas über die Situation der Parkhäuser erfahre, stelle seine Fraktion folgenden Gegenantrag: „Der Einwohnerrat stimmt der Neufestlegung des Strukturbeitrages an die Parkhaus Bücheli AG

von wiederkehrend CHF 70'000.- pro Jahr für die Jahre 2005 bis 2008 zu und beauftragt den Stadtrat mit dem Vollzug der erforderlichen Massnahmen."

Erika Eichenberger (GL) äussert, ihrer Fraktion sei es wichtig, dass der Strukturbeitrag zustande komme. Es sei gut, dass es am Rande der Stadt ein gut funktionierendes Parkhaus gebe, weil dieses der Stadt Liestal und ihrer Zentrumsfunktion einen grossen Dienst erweise. Ihre Fraktion finde es auch wichtig, dass möglichst viele Autos am Stadtkern abgestellt werden könnten und dieser vom Suchverkehr entlastet sei. Langfristig müsse ein grosser Teil der Parkplätze vom Zentrum an die Peripherie verlagert werden. Im Namen der Grünen Fraktion stelle sie folgenden Zusatzantrag: "Der Stadtrat wird verpflichtet, lenkende Massnahmen zu ergreifen, um die Parkhäuser und die Parkplätze an der Peripherie optimal zu nutzen und die Altstadt vom Suchverkehr und vom ruhenden Verkehr zu entlasten."

Bernhard Fröhlich (FDP) fügt hinzu, seine Fraktion unterstütze den stadträtlichen Antrag.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, der Zusatzantrag der Grünen steht seines Erachtens etwas quer. Der Einwohnerrat entscheide jetzt nur über den Beitrag von CHF 70000.-. Eine Verkehrsvorlage sei etwas anderes.

Stadtrat Peter Rohrbach weist darauf hin, dass der Strukturbeitrag unter der Konto-Nr. 620.381.51 im Budget enthalten sei.

://: Der Antrag der Grünen Fraktion wird mit 21 Nein- gegen 9 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

://: Der Antrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion erhält 16 Ja-Stimmen.

://: Der Antrag des Stadtrates erhält 22 Ja-Stimmen.

://: Der Antrag des Stadtrates wird grossmehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen angenommen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält zum Schluss fest, dass die Vorlage Nr. 2004/19 zu den alternativen Betreuungs- und Pflegeformen für Betagte aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt werden könne. Es gehe nur um eine Kenntnisnahme, aber da sich das Geschäft schon ein halbes Jahr in der Warteschlange befinde, sei sie froh, wenn es das nächste Mal abgehakt werden könne. Sie wünsche allen Anwesenden und ihren Angehörigen eine schöne Weihnachtszeit.

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon